Heidrun Dittrich

Mitglied im Deutschen Bundestag

DIE LINKE. IM BUNDESTAG

Zehn Jahre Bologna-Prozess Bachelor & Master – für alle ein Desaster!

Zehn Jahre Bologna-Prozess sind kein Grund zum Feiern, sondern Anlass zu Kritik und Protest!

Der so genannte Bologna-Prozess, die europaweite Reform der Hochschulsysteme, hat die Lern- und Arbeitsbedingungen an den Hochschulen erheblich verschlechtert. Bolognas Anspruch die Bildungsmisere an den Hochschulen zu lösen, ist gescheitert: Überfüllte Hörsäle, zu wenig Professoren, enormer Leistungsdruck durch ein Übermaß an Klausuren, Anwesenheitspflicht und Frontaltunterricht, die Zusammenpressung des Stoffes aus acht in sechs Semester. Die neuen Master- und Bachelor-Studiengänge sind überfrachtet. Bulimie-Bildung ist das Ergebnis:

Vor Klausuren wird schnell auswendig gelernt und anschließend alles wieder ausgespuckt. Die schöne neue Campuswelt entpuppt sich als Lernfabrik und geistiger Sweatshop.

Die Stundenpläne vieler Studierender umfassen eine 40- bis 50-Stunden-Woche. Zusätzlich muss gejobbt werden. Von politischem, ehrenamtlichen, familiären oder kulturellem Engagement ganz zu schweigen. Erst wurde versprochen, dass die Studierenden zwischen den Universitäten innerhalb Europas ohne Probleme wechseln können. Nun funktioniert häufig nicht mal ein Wechsel von Hannover nach Berlin, weil die neuen Bachelor-Studiengänge zu spezialisiert sind.

Obligatorische Auslandssemester passen nicht mehr in die engen Studienpläne. Die saftigen Studiengebühren werden durch das mangelhafte Stipendiensystem und ungenügende Bafög nicht ansatzweise sozial abgefedert. Zwei Drittel aller Studierenden müssen arbeiten, um ihr Studium zu finanzieren. Das führt zur Kollision mit der Anwesenheitspflicht bei Lehrveranstaltungen und mit den engen Prüfungsrhythmen. Immer mehr Studierende leiden unter permanentem Stress, Leistungsdruck und Überforderung. Die Studienabbrecherquoten sind hoch. An vielen Fachbereichen bleiben 30 bis 50% der Studierenden auf der Strecke. Der freie Hochschulzugang wird hingegen durch Auswahlverfahren stark eingeschränkt.

Die Bafögbezugs-Altersobergrenze Immatrikulations-Altersbegrenzung von 30 Jahren beschneidet insbesondere die Bildungsmöglichkeit von Frauen, die häufig erst Jahre nach einer Familiengründung ein Studium aufnehmen können.

Auch für das Hochschulpersonal hat die neoliberale Reform zu wachsender Arbeitsbelastung geführt, da sie bei stagnierender oder sinkender personeller und finanzieller Ausstattung umgesetzt wurde. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse haben sich ausgebreitet. Verträge werden befristet, Lehrbeauftragte skandalös niedrig bezahlt. 1500 Professorenstellen wurden bundesweit abgebaut. Wissenschaftliche Aufgaben werden immer öfter an studentische Hilfskräfte übertragen.

Mit der ein oder anderen Verbesserung ist es nicht getan!
Der Bologna-Prozess wurde nicht einfach nur falsch umgesetzt, wie Grüne und SPD behaupten. Bologna steht auf einer falschen Grundlage. Das Ziel der neoliberalen Hochschulreform war die Ökonomisierung der Hochschulen, die direkte Unterordnung der Hochschulen unter Kapitalinteressen. Bologna basierte auf der so genannten Lissabon-Strategie. Diese sah vor, die EU bis zum Jahr 2010 »zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt« zu machen.

Bei der Umstrukturierung der Hochschulen waren nicht soziale Durchlässigkeit und Demokratisierung die Maßgabe, sondern Wettbewerbsfähigkeit und Standortlogik durch Entqualifizierung aud der einen und Elitebildung auf der anderen Seite.

Für die strukturelle Umsetzung wurde eine weitere Bildungsbarriere errichtet: Die Trennung des Studiums in Master- und Bachelor-Studiengänge. Der Bachelor-Abschluss bedeutet eine geistige Enteignung und eine Abwertung eines Großteils aller akademischen Abschlüsse.

Eliteförderung für eine privilegierte

Minderheit bei gleichzeitiger Entqualifizierung der großen Mehrheit - das ist der Bologna-Prozess!

Seit der Weltwirtschaftskrise zeigt sich, das die Arbeitgeber aber auch „Elitepersonal“ billiger einkaufen können, was zu noch mehr Arbeitslosigkeit bei den Bachelorabsolventen führen wird.

Die Studierenden Protestseite Bologna Burns schlußfolgert:
„*Unser Ziel kann also nicht sein, die Fehler oder Erfolge des Bologna-Prozess zu messen, sondern den Prozess in seiner Grundlage zu hinterfragen. Master und Ph.D. als Eliteprogramme, die vor allem Frauen ausschließen, die Einführung von Studienbeiträgen und die Unterfinanzierung der Universitäten, sowie die Entdemokratisierung derselben, sind die offensichtlichen Symptome. Die schwierige Finanzlage der Universitäten machen sich finanzstarke Konzerne zu nutze, die dadurch Einfluss auf Ausbildung und Wissenschaft gewinnen und diese nach ihren Interessen steuern können. Die vermehrte Ausrichtung an den Interessen der Geldgeber betrifft nicht nur die Universitäten sondern den Bildungssektor generell. Die Möglichkeiten der Selbstbestimmung und somit die Grundlage für kritische Forschung und Lehre werden weiter eingeschränkt.*«
Bologna burns.de

Master für alle!

Erste Maßnahmen, um Bologna zu entschärfen, wären, den Lerndruck zu senken und die Regelstudienzeit in den Bachelor-Studiengängen zu erhöhen. Lernen braucht Zeit und Raum.

Durch die Besetzungen der Unis und Audimaxe wurde gerade versucht, sich beides wieder an zu eignen. Die Studierfähigkeit der neuen Studiengänge muss geprüft werden. Alle Studierenden müssen das Recht auf ein Teilzeitstudium bekommen. Nur etwa ein Drittel der Studierenden wird nach dem vorwissenschaftlichen Bachelor zum Master-Studium zugelassen. Dieses Nadelöhr muss weg: Weder Note noch Quote dürfen die Zulassung zum Master-Studiengang beschränken. Der Master muss Regelabschluss werden. Gleichzeitig muss die soziale Durchlässigkeit wichtigstes Ziel der Hochschulpolitik werden. Studiengebühren müssen flächendeckend abgeschafft werden.

Der Druck der Bildungsstreiks hat die Regierung zu Zugeständnissen gezwungen, allerdings nur zu solchen, die nichts kosten. Die nun angekündigten Reformen betreffen nur die Organisation des Studiums und nicht die Finanzierung. Mehr Studienplätze, bessere Ausstattung, mehr Lehrende und die Abschaffung von Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen werden aber ohne mehr Geld nicht zu machen sein. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) schätzt den dringendsten Bedarf auf mindestens 40 Milliarden Euro. Davon steht der schwarz-gelbe Hochschulpakt weit entfernt. Der Anteil der Investitionen in Bildung am Bruttoinlandsprodukt ist in den letzten Jahren weiter gesunken, trotzdem der gesellschaftliche Reichtum kontinuierlich gewachsen ist.

Ohne massiven Druck, wird es mehr als warme Worte von den Regierungen in Bund und Ländern nicht geben. Für die Durchsetzung besserer Bedingungen an den Hochschulen ist eine starke Studierendenbewegung notwendig. DIE LINKE. unterstützt in diesem Sinne den Aufruf zum Bildunsstreik am 9. Juni und solidarisiert sich mit den Forderungen & Aktionen der Studierenden.

Die bedingungslose Übernahme der Spekulationsschulden der Banken durch den Staat, droht die Krise auf die öffentlichen Haushalte auszudehnen, die mit astronomischen Summen belastet werden. Es wird versucht werden, noch mehr bei Bildung, Arbeit und Soziales einzusparen. Deswegen sagen wir: Wir zahlen nicht für ihre Krise! Geld her für die Menschen, nicht für Banken!

Bildungsstreik, Demonstration:
Mi, 9.6., 5 vor 12 h, Klagesmarkt, Hannover

Bundesweite Antikrisendemo:
Sa, 12.6., 5 vor 12h, Rotes Rathaus, Berlin

V.i.S.d.P.: Heidrun Dittrich

Für Sie im Bundestag - Kontakt zu Heidrun Dittrich

WAHLKREISBÜRO HANNOVER

Heidrun Dittrich, MdB
Wahlkreisbüro Hannover
Kötnerholzweg 47
30451 Hannover

Telefon: 0511 - 44 98 18 65
Mobile: 0178 - 85 11 625
eMail: heidrun.dittrich@wk.bundestag.de

BUNDESTAGSBÜRO BERLIN

Heidrun Dittrich, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 26 15
Fax: 030 - 22 77 66 15

Internet: www.heidrundittrich.de
eMail: heidrun.dittrich@bundestag.de